



Die Behandlung von Corona-Patienten erfordert einen hohen Personalaufwand. Die Kliniken werden unzureichend entschädigt. FOTO: WALTRAUD GRUBITZSCH/DPA

Wo bleiben die Corona-Gelder?

MEDIZIN Kliniken sollen Ausgleichszahlungen für Betten bekommen, die sie für Corona-Patienten freihalten. Doch das Geld fließt nicht.

VON DR. CHRISTIAN ECKL

REGENSBURG. Es klingt wie ein Brandbrief, den ein Ministerialer aus dem Gesundheitsministerium an die Krankenhäuser schrieb. Demnach sei dem Ministerium „bewusst, welche großen Herausforderungen mit der neuen Situation auf Sie zukommen.“ Und dann kommt ein bemerkenswerter Satz: „Auch wir hätten uns eine andere Regelung der Ausgleichszahlungen gewünscht und werden uns auf Bundesebene weiterhin für eine Anpassung der geltenden Regelungen einsetzen.“ Hintergrund ist die Finanzierung, die seit letzter Woche neu geregelt wird. Auch die Krankenhäuser in Stadt und Landkreis Regensburg fühlen sich in der Pandemie allein gelassen. Die Krankenhäuser sollen für das Frühjahr Ausgleichszahlungen für Betten bekommen, die leergehalten wurden, um im Notfall Covid-Patienten zu versorgen. Vergangene Woche beschloss der Bundestag die dritte Fassung des Bevölkerungsschutzgesetzes in der Pandemie. Dieses begründete nicht nur die Grundrechtseingriffe, die bislang nur durch Verordnungen der Länder angeordnet wurden.

Auch die Krankenhausfinanzierung wurde neu geregelt – unter einem „Rettungsschirm 2.0“, wie es heißt. Von 18. November bis 31. Januar bekommen die Krankenhäuser wieder „Frei-

haltepauschalen“. Bezahlt werden diese aber nur, wenn nur noch 25 Prozent der Intensivbetten frei sind. Zudem muss die Stadt oder der Landkreis eine 7-Tage-Inzidenz von mindestens 70 aufweisen. Der Bund rechnet mit 150 Millionen Euro Mehrausgaben.

„Beim Thema Versorgung waren wir ja im Frühjahr und auch jetzt von Bund und Land auf uns alleine gestellt – im Bereich der Finanzierung wurden Zusagen wie zum Beispiel die Freihaltepauschale von 50 000 Euro für jede vorgehaltene zusätzliche Beatmungseinheit immer noch nicht ausbezahlt“, sagt Krankenhausdirektor Martin Rederer. In seinem Krankenhaus in Wörth machen die drei für Corona-Patienten im Frühjahr freigehaltenen Beatmungseinheiten immerhin 150 000 Euro aus. Auch den Verpflegungsbonus, der mit einer Rückzahlungsverpflichtung bis zum 31. Mai für nicht ausbezahlte Gelder verbunden war, empfindet Rederer als „Chaos“. Sein Haus ist von der Neuregelung der Finanzen massiv betroffen.

Refinanzierung völlig offen

Wörth ist ein Haus der Notfallstufe 1, diese müssen erst Kapazitäten für Covid-Patienten vorhalten, wenn die freien Intensivbetten in einer Region wie Regensburg unter 15 Prozent liegen. Rederer: „Die Finanzierung hat sich also für die Kreisklinik Wörth mit dem Dritten Bevölkerungsschutzgesetz verschlechtert.“ Zudem sei seit November „eine zurückhaltende Patientenbelegung klar ersichtlich – die Differenz der jetzigen Minderbelegung und der Belegung aus 2019 ist nicht mit dem Rettungsschirm 2.0 abgedeckt“. Dabei sei ein Haus wie Wörth durchaus ein wichtiger Baustein in der Pandemie: „Als zertifiziertes Beatmungszentrum

ist die Kreisklinik auch auf komplexe Beatmungspatienten, die wir auch schon in der Vergangenheit betreut hatten, gut vorbereitet“, so Rederer.

Finanzielle Sorgen wie in Wörth plagt die großen Krankenhäuser in Regensburg durch die Neuregelung zwar nicht. Aber auch hier ist völlig offen, wie die Refinanzierung der Pandemie aussehen wird. „Die Regelung ist so neu, so kompliziert und schwer nachvollziehbar, dass wir heute noch keine belastbaren Prognosen anstellen können“, sagt Dr. Andreas Kestler, Geschäftsführer der Barmherzigen Brüder in Regensburg. „Zumindest wissen wir, dass unser Krankenhaus, das im dreistufigen System der Notfallversorgung der höchsten Stufe der Umfassenden Notfallversorgung zugeordnet ist,

grundsätzlich für die Corona-Vorhaltenungen mit Ausgleichszahlungen rechnen kann.“ Kestler, der selbst Arzt ist, fügt an: „Die jetzige Situation und die jüngste Allgemeinverfügung sind in ihren wirtschaftlichen Folgen für uns noch nicht abschätzbar“, so der Geschäftsführer der Barmherzigen. „Am Ende müssen wir darauf vertrauen, dass die Politik ihren grundsätzlichen Zusagen entspricht. Dass wir systemrelevant sind, haben wir ja nun oft genug gehört.“

75 Prozent werden operiert

Im Regensburger Uniklinikum werden derzeit noch 75 Prozent der geplanten Operationen durchgeführt, aufschiebbar werden auch aufgeschoben. Das ist in der Uniklinik nicht so einfach, denn das Haus ist auf eher schwere Erkrankungen spezialisiert. Laut Sprecherin Dr. Isolde Schäfer halte das Uniklinikum derzeit Betten für die Behandlung von Corona-Patienten frei. „In welchem Umfang die Refinanzierung ausreicht, um die tatsächlichen Kosten und Einbußen auszugleichen, kann zum heutigen Zeitpunkt noch nicht sicher gesagt werden“, sagt die Uniklinik-Sprecherin.

Es bleibe abzuwarten, ob die Pandemie deutschlandweit zu einem Sterben von Krankenhäusern aufgrund finanzieller Defizite führen wird, heißt es auch aus dem Caritas-Krankenhaus St. Josef. Die Unterstützung der Politik habe sich im Verlauf der Pandemie „nicht wesentlich verändert“, sagt Dr. Sylvia Pemmerl vom Caritas-Krankenhaus St. Josef. „Wir müssen in der Versorgung von Covid-19-Patienten beispielsweise mehr Personal einsetzen als in der Versorgung der meisten anderen Patienten. Diesem Mehraufwand wird kaum Rechnung getragen.“

HILFEN VOM STAAT

Verordnung: Geregelt ist das, was Krankenhäuser bekommen, in einer Verordnung des Bundes. Und das ist kompliziert. Errechnet wird je Haus ein sogenannter Casemix, der den Tages-Ausfallsatz für ein frei gehaltenes Bett benennt. Im Josefskrankenhaus beläuft sich dieser auf 660 Euro, bei den Barmherzigen und in Wörth auf 560, im Uniklinikum auf 760 Euro.

Beatmungsplätze: Hierfür zahlte der Bund aus dem Gesundheitsfonds 50 000 Euro je neu eingerichteten Beatmungsplatz auf der Intensivstation. Allerdings sind die Gelder noch nicht ausbezahlt worden. Wie hoch die Defizite der Kliniken durch verschobene Operationen werden, ist derzeit noch offen.